

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.03.2022

Inhalt

EWN

1 Backhaus bekräftigt Nein zu längeren AKW-Laufzeiten <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 18.03.2022</i>	3
2 Belgien verschiebt Atomausstieg <i>Berliner Zeitung, 21.03.2022</i>	4
3 Viel Kritik am Atommüll-Zwischenlager <i>Hessische Allgemeine Kassel Mitte, 21.03.2022</i>	5

SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 18.03.2022

dpa

WEBLINK

ATOMKRAFT**Backhaus bekräftigt Nein zu längeren AKW-Laufzeiten**

Klimaschutzminister Till Backhaus (SPD) hat den Forderungen nach einer längeren Atomkraftwerk-Laufzeit erneut eine Absage erteilt. Vor dem Hintergrund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine werde deutlich, wie sehr die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ein Irrweg sei, teilte er am Freitag mit. Weiter hieß es: „Gefechte bei Tschernobyl oder Bomben auf kerntechnisch Versuchsanlagen zeigen, dass von diesen Anlagen stets ein unüberschaubares Risiko ausgeht.“ Auch das schwere Erdbeben vor Fukushima am Mittwoch beweise das einmal mehr.

Die Landesregierung setze daher weiterhin auf den Ausbau Erneuerbarer Energien. „Nur so können wir unsere Klimaschutzziele erreichen und uns gleichzeitig unabhängig von fossilen Energieträgern machen“, so Backhaus weiter. Backhaus hatte am Freitag das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** in Rubenow besuchen wollen. Weil er sich mit dem Coronavirus infiziert hat, wurde der Termin aber abgesagt.

Dort läuft seit 1995 der Rückbau des einst größten Kernkraftwerkes in Ostdeutschland, dem KKW Lubmin. Das **EWN** ist aber zudem auch für den Rückbau des kleineren Kraftwerkes in Rheinsberg zustän-

dig. 2006 wurde der letzte Castor-Behälter mit Kernbrennstoff des **EWN** ins benachbarte Zwischenlager Nord gebracht, das dort eingerichtet worden war. Laut **EWN** sind dort 74 Castorbehälter eingelagert.

Im Hinblick auf die Endlagersuche in Deutschland teilte Backhaus mit: Es sei verständlich, dass sich die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Sorgen machen würden. „Auch wenn die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass wir ein solches Endlager hierher bekommen, der Verantwortung für die Hinterlassenschaft aus diesem technologischen Irrweg müssen wir uns als Gesellschaft gemeinsam stellen“, hieß es weiter.

Belgien verschiebt Atomausstieg

Meiler sollen zehn Jahre länger laufen. Bundesregierung hält an Abschaltung fest

Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat die Entscheidung Belgiens bedauert, den Atomausstieg zu verschieben und die Laufzeiten zweier Atommeiler um zehn Jahre zu verlängern. Zugleich bekräftigte sie die generelle Abkehr von der Kernenergie in Deutschland. Die Argumente für und gegen längere Laufzeiten seien in den vergangenen Wochen gründlich abgewogen worden, sagte die Grünen-Politikerin am Sonnabend der Deutschen Presse-Agentur. „Das Ergebnis war eindeutig: Einem kleinen Beitrag zur Energieversorgung stünden große wirtschaftliche, rechtliche und sicherheitstechnische Risiken entgegen. Das wäre weder sinnvoll noch vertretbar.“

Die belgische Regierung hatte am Freitagabend mitgeteilt, dass Block 3 des Atomkraftwerkes Tihange nahe der deutschen Grenze und Block 4 des Kraftwerkes Doel bei Antwerpen zehn Jahre länger laufen sollen – bis mindestens Ende 2035. Mit der Verschiebung des Atomausstiegs will Belgien auch angesichts des Ukraine-Krieges und zuletzt stark gestiegener Energiepreise seine Energiesicherheit gewährleisten.

Stark gestiegene Gaspreise

Auch in Deutschland war eine AKW-Laufzeitverlängerung zuletzt wieder diskutiert worden. Der Krieg in der Ukraine und die stark gestiegenen Gaspreise haben gezeigt, wie abhängig Europa von fossilen Brennstoffen ist – besonders von Russland. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte jedoch klargestellt, dass die Vorbereitungen für die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland bis Ende des Jahres schon zu weit fortgeschritten seien, als dass sie länger in Betrieb gehalten werden könnten.

Ministerin Lemke sieht noch andere Gründe für eine Abkehr von der Atomkraft: „Gerade in einer Krisenzeit wie dieser halte ich eine Laufzeitverlängerung aus Sicherheitsgründen für nicht vertretbar. Sie kann uns sogar verwundbarer machen.“ Die große weltweite Sor-

ge um die AKW-Sicherheit in der Ukraine führe allen gerade das potenzielle Schadensmaß von Atomkraftwerken dramatisch vor Augen. „Wir befinden uns in einer Situation, in der wir unsere Energieversorgung sehr schnell krisenfest machen müssen. Das machen wir durch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien.“

NRW fordert intensive Prüfung

Nordrhein-Westfalen äußerte nach der Ankündigung Belgiens, den Atomausstieg um zehn Jahre zu verschieben, Sicherheitsbedenken und fordert die intensive Prüfung der Anlagen. Zwar handele es sich um eine souveräne Entscheidung jedes Staates, wie er seinen Strombedarf decken wolle, teilte das NRW-Wirtschafts- und Energieministerium am Samstag mit. „Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der EU müssen dabei aber natürlich die Sicherheitsanforderungen und damit auch die Belange der europäischen Nachbarn berücksichtigt werden.“

„Um verlorenes Vertrauen in die Sicherheit der dann am Ende 50 Jahre alten Anlagen zurückzugewinnen, werden wir auf Transparenz bei der Entscheidung, eine umfassende grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung und strenge Maßstäbe bei der umfassenden Sicherheitsüberprüfung drängen“, erklärte das Ministerium in Düsseldorf.

Nordrhein-Westfalen kritisiert seit langem die störanfälligen Reaktoren in Belgien. Die Stadt Aachen und die Bundesregierung hatten in der Vergangenheit deswegen mehrfach gefordert, die Reaktoren stillzulegen. Die ältesten stammen aus den 70er-Jahren. Die Städteregion Aachen und ihre Partner in Luxemburg und den Niederlanden waren zuletzt mit Klagen in Brüssel gescheitert. Dabei ging es allerdings um den Reaktor Tihange 2. Wegen kleiner Risse im Betonschutz des Reaktors ist die Sicherheit des Meilers umstritten.

Viel Kritik am Atommüll-Zwischenlager

Notwendigkeit des Standortes Würzgassen wird im Bundestag diskutiert

Würzgassen - Das geplante Atommüll-Zwischenlager in Würzgassen wird derzeit infrage gestellt. Zuletzt hatten die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein eigenes Gutachten zur Notwendigkeit eines Logistikzentrums für das Endlager Konrad (LoK) in Auftrag gegeben (HNA berichtete). Seit kurzer Zeit ist das Zwischenlager nun erneut Thema im Deutschen Bundestag. Die CDU/CSU-Fraktion verlangt in einer Kleinen Anfrage Auskunft. Die Frage, die über allem schwebt: Ist das Lager grundsätzlich überhaupt notwendig?

Die Abgeordneten wollen unter anderem wissen, ob der Bund nicht selbst ein neues Gutachten zum Bau in Auftrag hätte geben sollen, so wie es nun die Länder getan hätten. Auch fragen sie, ob die Bundesregierung die Planungen stoppen werde, bis das Gutachten vorliegt.

Insgesamt sind 18 verschiedene Fragen Bestandteil der Kleinen Anfrage, an der auch der Bundestagsabgeordnete Christian Haase aus Beverungen mitgewirkt hat. 'Das geplante Bereitstellungslager ist ein Projekt

der Bundesumweltministerin. Damit liegt die Verantwortung bei ihr und auf der Bundesebene', sagt Haase. Gegen den Standort Würzgassen lägen mittlerweile viele fachliche Argumente vor, die aus seiner Sicht bisher nicht ausreichend von Planern berücksichtigt worden seien.

Dass das Zwischenlager erneut auf Bundesebene diskutiert wird, befürwortet auch Dirk Wilhelm, Vorsitzender der Bürgerinitiative Atomfreies Dreiländereck. 'Es ist nicht das erste Mal, dass es eine Anfrage gibt.' Bereits im Frühjahr 2021 habe er an der Ausarbeitung eines Fragenkataloges mitgewirkt. Seinerzeit hatten die Grünen die Anfrage im Bundestag gestellt.

Hendrik Kranert-Rydzky von der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung sagt, man habe die Anfrage auch vonseiten des Planers zur Kenntnis genommen. Ein Großteil der Fragen sei bereits in den Veröffentlichungen der BGZ beantwortet worden. Dass der Standort in Würzgassen gänzlich gekippt werde, befürchte er nicht. 'Es gibt einen Kriterien-Katalog und der spricht für den Bau in Würzgassen', so Kranert-Rydzky.